

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article 31:

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Teil I der Verfassung

Artikel 31: Die Verwirklichung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

(1) ~~Die Union gewährleistet einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts~~

~~durch die Annahme von Gesetzen und Rahmengesetzen, mit denen insbesondere die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in den im zweiten Teil der Verfassung aufgeführten Bereichen einander angenähert werden sollen;~~

~~durch eine Förderung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, insbesondere auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der gerichtlichen und außergerichtlichen Entscheidungen;~~

~~durch eine operative Zusammenarbeit aller für die innere Sicherheit zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten.~~

(2) ~~Im Rahmen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts können sich die einzelstaatlichen Parlamente an den Bewertungsmechanismen nach Artikel [4 des Teils II] der Verfassung beteiligen und werden in die politische Kontrolle der Tätigkeiten von Europol entsprechend Artikel [22 des Teils II] der Verfassung einbezogen.~~

(3) ~~Im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verfügen die Mitgliedstaaten über ein Initiativrecht nach Maßgabe des Artikels [8 des Teils II] der Verfassung.~~

Explanation:

Artikel 31 ist aufgrund der Auflösung der Säulenstruktur entbehrlich. Es genügt, die Justizfragen im Teil II der Verfassung zu regeln. Sollte sich eine deutliche Mehrheit für Beibehaltung des Artikels aussprechen, sollte auf die Erwähnung der speziellen Rolle der nationalen Parlamente (Absatz 2) verzichtet werde. Auch im Bereich Justiz und Inneres werden diese ihre Aufgaben auf der Grundlage der Protokolle über Subsidiarität und Rolle der nationalen Parlamente wahrnehmen. Bei Beibehaltung des Artikels müsste zudem in Absatz 1 dritter Anstrich aus Gründen der Genauigkeit die Formulierung "aller für die innere Sicherheit zuständigen Behörden" ersetzt werden durch "der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, wie sie in Teil II der Verfassung vorgesehen ist".